

PRESSEMITTEILUNG

Aurubis: Mängel bei Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in der Lieferkette

*Christliche Initiative Romero und Dachverband verlangen
mehr Transparenz von Europas größtem Kupferproduzenten*

26.02.2020, Köln/Münster – Die Aurubis AG unternimmt keine ausreichenden Anstrengungen zur Einhaltung von Menschenrechten und Umweltstandards in der Lieferkette. Der Konzern wird den Anforderungen an menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, welche die Bundesregierung im Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP) formuliert, nicht gerecht. Dieses Fazit ziehen die Christliche Initiative Romero (CIR) und der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre und fordern deshalb, den Vorstand der Aurubis AG auf der Hauptversammlung am 27. Februar in Hamburg nicht zu entlasten.

Intransparenz bei Lieferanten aus Chile, Bulgarien Peru und Brasilien

Aurubis bezieht Kupferkonzentrat vor allem aus Peru, Bulgarien, Chile und Brasilien. Dabei legt der größte Kupferproduzent Europas zwar die Herkunftsländer offen, nicht aber die konkreten Lieferanten. „Aufgrund dieser Intransparenz ist es der Öffentlichkeit kaum möglich, herauszufinden, ob die Lieferanten von Aurubis die Menschenrechte einhalten“, kritisiert Christian Wimberger von der Christlichen Initiative Romero.

Erkrankte Menschen und verseuchtes Wasser in Mexiko

Die CIR deckte aber in der Studie „Der deutsche Rohstoffhunger“ auf, dass Aurubis von dem Bergbaukonzern Grupo México Kupfererz bezieht. Der Konzern betreibt das Bergbauprojekt „Buena Vista del Cobre“ im Norden Mexikos, aus dem 2014 aufgrund nachlässiger Sicherheitspolitik 40.000 Tonnen Kupfersulfat haltigen Schlamms austraten und sich in zwei Flüsse ergossen. In der Folge wurden bei über 350 Menschen giftige Rückstände in Blut und Urin sowie Haut- und Gefäßkrankheiten festgestellt. Ein versprochenes Krankenhaus zur Behandlung der Betroffenen hat das Unternehmen immer noch nicht in Betrieb genommen. „Als Importeur nimmt Aurubis in Kauf, dass die Kupferproduktion auf Kosten vieler Menschen, ihrer Gesundheit und ihres Rechts auf sauberes Trinkwasser geht“, sagt CIR-Referent Christian Wimberger.

Für ein Lieferkettengesetz

Die Christliche Initiative Romero und der Dachverband setzen sich innerhalb der Initiative Lieferkettengesetz für eine gesetzliche Regelung menschenrechtlicher und umweltbezogener Sorgfaltspflichten ein. „Wie bereits rund 50 deutsche Unternehmen sollte sich jetzt auch Aurubis dazu bekennen“, fordert Markus Dufner vom Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre. „Ein Gesetz würde zu Rechtssicherheit und gleichen Wettbewerbsbedingungen beitragen.“

Verarbeitung giftiger Kupferkonzentrate an Aurubis-Standorten

„Aurubis ist auch intransparent bei Angaben über die Verarbeitung giftiger Kupferkonzentrate an eigenen Standorten“, berichtet Dachverbands-Mitarbeiter Ulf Georgiew. Erst die Umweltbehörde Hamburg hat im letzten Jahr die Bevölkerung informiert, dass die Arsen-Jahres-Grenzwerte in der Luft überschritten worden seien und vom Obst- und Gemüseanbau in der Nähe des Hamburger Aurubis-Werks abgeraten. „Der Aurubis-Vorstand darf eine zeitnahe Information zu Risiken für die lokale Bevölkerung nicht länger verweigern“, fordert Georgiew.

Kontakt:

- **Christian Wimberger**, Christliche Initiative Romero, Tel 0251 - 67 44 13 21, wimberger@ci-romero.de
- **Ulf Georgiew**, Mobil-Tel. 01577 - 433 38 00, ulf.georgiew@gmx.de
- **Markus Dufner**, Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre, Tel. 0221 / 599 56 47, Mobil-Tel. 0173 - 713 52 37, dachverband@kritischeaktionaeere.de,

Gegenanträge: <https://www.kritischeaktionaeere.de/aurubis/geganantrag-24/>

Weitere Informationen: Studie „Der Deutsche Rohstoffhunger“ zu Menschenrechtsverletzungen in Aurubis Lieferkette: <https://www.ci-romero.de/presse-rohstoffhunger/> (2019)